



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Margarete Bause** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Zeitplan mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Hebammen und der Geburtshilfe vorzulegen und dabei die Ergebnisse der Gespräche des Runden Tisches zur Geburtshilfe-Versorgung in Bayern am 9. Mai 2017 und der mit den Hebammenverbänden anlässlich des Hebammentages am 5. Mai 2017 einzubeziehen.

### Begründung:

Die Situation in Bayern ist gekennzeichnet durch erfreulich hohe Geburtenzahlen, aber auch durch regional große Unterschiede in der Versorgung durch Hebammen.

Schwangere und Familien müssen sich auf eine gute Betreuung rund um die Geburt verlassen können. Der Hebammenberuf muss so attraktiv werden, dass junge Menschen ihn gern ergreifen und nicht vorzeitig aussteigen. Hebammen sind derzeit aufgrund der bevorstehenden Schiedsverhandlungen am 19. Mai 2017 inzwischen stark verunsichert. Seit Sommer 2016 verhandeln Hebammenvertreter und der Spitzenverband Bund der Krankenkassen um die Vergütung der freiberuflichen Hebammen. Eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden. Ohne Verbesserungen der Rahmenbedingungen und einer angemessenen Vergütung der Hebammen wird sich die Versorgung der schwangeren Frauen sowie die angespannte Lage in der klinischen Geburtshilfe weiter verschärfen.

Die Schließung von Krankenhausabteilungen in Bayern hatte zuletzt auch für öffentliche Debatten und

eine Verunsicherung von Schwangeren gesorgt. Es kommen derzeit so viele Kinder im Freistaat zur Welt wie seit 15 Jahren nicht mehr. Der erfreuliche Trend gilt auch für die Landeshauptstadt – noch nie wurden in München so viele Kinder geboren wie im Jahr 2016: 18.107 Geburten in München im Jahr 2016, das sind ca. 900 Geburten mehr als 2015 und ein Zuwachs von 5,6 Prozent. Trotz steigender Geburtenrate in Bayern schließen aber vor allem im ländlichen Raum viele Geburtshilfestationen; die Zahl der Betten geht zurück. Dies bedeutet längere Anreise der Schwangeren in eine Geburtsklinik sowie auch die Überlastung der Kliniken in den Ballungsräumen. Es kommt immer wieder vor, dass Hebammen mehrere Geburten gleichzeitig betreuen müssen. Der Hebammenmangel macht sich vielerorts bereits jetzt bemerkbar – für Geburtshilfeabteilungen, die keine Hebammen finden können sowie auch für Frauen, und dies bereits während der Schwangerschaft und dann bei der Geburt. All das bedeutet Stress – für die Frauen und Familien ebenso wie für die Hebammen. Gute Beratung und Wahlfreiheit bleiben häufig auf der Strecke. Auch die Nachfrage nach der aufsuchenden Wochenbettbetreuung übersteigt regelmäßig das Angebot bei Weitem, hier ist insbesondere die Landeshauptstadt München als „Brennpunkt“ bekannt.

Hebammen brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung. Außerdem müssen dringend Weichen für die derzeitige Sicherstellung der Geburtshilfe-Versorgung sowie auch für die zukünftige Versorgungsstruktur gestellt werden. Am Dienstag, den 9. Mai 2017 findet auf Einladung von Staatsministerin Melanie Huml ein nichtöffentlicher Runder Tisch zur Geburtshilfe-Versorgung und zum Hebammenmangel in Bayern statt. Es sind Vertreter des Bayerischen Hebammen Landesverbands, der Landesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenkassengesellschaft, der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände sowie des Landkreis-, des Bezirke-, des Städte- und des Gemeindetages eingeladen.

Um angemessene Versorgung der Schwangeren – außerklinisch und klinisch – schaffen zu können, muss jetzt gehandelt werden und Maßnahmen getroffen werden, die die Versorgung mit geburtshilflichen Leistungen durch Hebammen in Bayern flächendeckend sicherstellen.